

Deutsche Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3688-3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 166, Wärschenthaler Straße 4/30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwärter 20 Pf.] - Nr 60 - A 31 DONNERSTAG, 5. FEBRUAR 1931 MORGEN-AUSGABE - V

Pariser Kredit-Pläne Was Brauns soll

Graf d'Ormessons Milliarden-Projekt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 4. FEBRUAR

Die Entspannung, die die internationale Atmosphäre durch den Erfolg der jüngsten Genfer Platztagung erfahren und zu der nicht wenig beigetragen hat die fortwährende Bedienung des deutsch-französischen Kreditverkehrs und das gemeinsame Friedensbestreben der Außenminister beigetragen hat, kommt auch in Frankreich zum Ausdruck. Die Einstellung zu Deutschland hat sowohl in den politischen Kreisen wie vor allem auch in der breitesten Öffentlichkeit eine erfreuliche Wendung zum Besseren erfahren.

Ein erster, wenn auch bescheidener Anfang ist in dieser Hinsicht gemacht durch die von der Regierung gebilligte und befristete Beteiligung der französischen Banken an der Auffrischung des Kreditverkehrs für die deutsche Regierung. Es handelt sich dabei allerdings nur um den geringfügigen Betrag von 200 Millionen Francs, der überdies durch die Verpflichtung von Eisenbahnvorsorgegatteln ausreichend gedeckt ist. Gleichzeitig damit ist aber auch das private Arbeitslohn, von dem die französischen Banken sich nach den Wahlen vom 14. September fast völlig zurückgezogen hatten, neuerdings wieder recht lebhaft in Gang gekommen, und es dürfen bereits wieder einige hundert Millionen Mark sein, die auf diesem Wege der deutschen Wirtschaft an französischen französischen Geldern zugeflossen sind.

Es fehlt darüber hinaus nicht an ernsthaften Bestrebungen und Versuchen, die Beseitigung auf breiterer Basis zu organisieren und durch die praktische Befriedung der bisher nur als ideale Forderung geäußerten internationalen Solidarität Deutschlands die Unterbrechung der Krise zu erleichtern und damit zugleich auch die unzureichende Voraussetzung für eine Befriedung der politischen Situation zu schaffen.

Am weitesten geht in dieser Richtung ein Plan, den Graf Maximilian d'Ormesson in der am nächsten kommenden erscheinenden Nummer der „Europe Nouvelle“ veröffentlicht, und den mit durch die Verantwortlichkeit des Verfassers schon heute in seinen wichtigsten Einzelheiten mitzuteilen in der Lage sind.

Dieser Plan basiert auf dem Vorschlag, Deutschland für die nächsten beiden Jahre fünfzig Prozent der Reparationszahlungen zu erlassen, und zergl damit nicht nur zu richtiger Erkenntnis der Situation und ihrer Notwendigkeiten, sondern zugleich auch von der Bereitschaft, dem angebotenen Ziel der deutsch-französischen

Da die Zeit heute für einjährige und abkürzende Lösungen noch nicht reif ist, werde man sich einwilligen mit provisorischen Maßnahmen für die beiden nächsten Jahre begnügen müssen. Diese zeitliche Begrenzung ist schon mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage notwendig, deren Ergebnisse unter Umständen eine völlig neue Situation schaffen könnten.

Für diese beiden Jahre, die in der Herbstkonferenz mit dem Vorschlag Plan die schlagendsten Annahmen von L. Kapp 1931 bis 31. März 1933 laufen lassen, hätte d'Ormesson vor, daß Frankreich und Amerika auf die Hälfte ihrer Reparationsansprüche verzichten sollen, Amerika durch Vorrangnahme nachfolgender Forderungen aus jenen europäischen Schulden, das Ganze durch Verzicht auf die Hälfte der ungeschuldeten Zahlungen.

Erwähnt und die übrigen Reparationsanläufer würden durch diese Regelung in ihren Interessen kaum verletzt, da sie trotz der Reduktion genau so viel erhalten, als sie selbst an Amerika zu zahlen hätten.

Deutschland hingegen hätte in den beiden nächsten Jahren je 850 Millionen Goldmark weniger zu zahlen, die es zur Unterhaltung seiner Arbeitslosen, zum Abbau der Steuern und zur Wiederanregung seiner Wirtschaft ausgeben könnte. Diese Erleichterung seiner finanziellen Lasten werde zweifellos auch zu einer Steigerung seines Kreditvermögens beitragen, da doch es der deutschen Wirtschaft denn ein letztes Mal sein werde, im Ausland die langfristigen Kredite zu finden, die zur Aufhebung der Wirtschaft unabweisbar seien.

d'Ormessons Plan, dessen Überarbeitung und Tragweite seiner Unterbrechung bedarf, hat allerdings noch einen Vorbehalt. Um die maßgebenden Stellen und die öffentliche Meinung in Frankreich und den Vereinigten Staaten für seine Annahme und Durchführung zu gewinnen, meint sein Verfasser, bedürfe es einer Art politischer Kompensation, die am zweckmäßigsten auf dem Gebiet der Währungsfrage gefunden werden könne.

Deutschland gebe für sein Vier von 1000 Millionen Mark für seine Flotte von 22 Einheiten und für ein neues großes hochsees Booten von 700 Millionen Mark im Jahre aus. Wenn es sich verpflichten

würde, diese Summe um ein Zwölftel, gleich 88 Millionen Mark, zu kürzen, so würde auch Frankreich in die Lage versetzt werden, seine Währungsansgaben um ein Zwölftel, gleich eine Milliarde Francs, zu verringern. Dadurch werde nicht nur der Ausfall, den es durch den Verzicht auf die Hälfte der ungeschuldeten Annuitäten erlände, ausgeglichen, sondern zugleich auch der erste praktische Schritt auf dem Gebiet der internationalen Währungs- und damit zu einer wünschigen Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen getan.

Es verheißt sich von selbst, daß ein derartiges Abkommen nicht lange auf Frankreich und Deutschland allein beschränkt bleiben würde, sondern daß auch die anderen europäischen Staaten zum Beitritt aufgefordert werden würden. Damit wäre ein positiver Erfolg der internationalen Währungsreform in voraus gesichert und eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Konjunkturbildung des Friedens geschaffen.

Dr. L. St.

„Stahlhelm“-Begehren eingebracht

Hitler-Hugenberg sollen zum Mitsprechen gezwungen werden

Das vor vier Monaten mit fanatischeren Angehörigen Stahlbegehren auf Auflösung des Reichstages verhängt bis Mittwochabend durch einen Brief an den Reichspräsidenten, dem „Stahlhelm“ formell eingebracht worden. Der Vorstand des Begehres, das zum Volksbegehren und gegebenenfalls zum Volksentscheid gestellt werden soll, ist aus Gießen der „Stahlhelm“ ganz fertig in der Welt vorhanden. Der am 20. Mai 1928 gewählte Vorstand ist aufgelöst. Mit dieser Formalisierung müßte der „Stahlhelm“ auch die Stimmen an sich ziehen, die in der im Sinne der „Stahlhelm“-Politik gehaltenen Begründung nicht angefallen wären.

Auf einem Presseempfang äußerte sich der Bundeskanzler des „Stahlhelm“, Major a. D. Wagner, recht einseitig dabei, man wolle mit dem Stahlbegehren den „übernatürlichen, nicht mehr den Volkswillen entsprechenden Landtag“ durch einen neuen ersetzen, und außerdem die nationale Opposition, die sich parlamentarisch immer mehr fester, autoritärer und mehr radikal trennen. Die interpersonelle Frage aber wurde nicht berührt; nur durch Hitler und Hugenberg, die Partner des alten Jung-Blutbegehrens, die dem neuen bleiben. Sie machen nicht mit, und eine Befreiung aller interessierten Gruppen, die noch in letzter Stunde die Einheitsfront herstellen sollte, ist negativ verstanden.

Eine der Führenden des „Stahlhelm“-nabehelenden Persönlichkeiten führt bezüglich der Zurückhaltung des Reichspräsidenten barock zurück, daß Hitler die Stelle seines Erlasses noch weiter annehmen solle und deshalb kein Interesse an weiteren Landtagswahlen habe. In Hugenberg halte das Ganze wohl vornehmlich für eine Ordlung... Mag sein. Jedenfalls haben die Freunde den „Stahlhelm“ Hitler, er handelt nun auf eigene Faust-Blut Mut ist aber ein bißchen veraltet, denn auch die Initiatoren des Stahlbegehrens sind sich darüber klar, daß der „Stahlhelm“ allein mindestens den Volksentscheid nicht durchbringen kann. Der „Stahlhelm“ will einen durch seine plötzliche Attacke Hitler und Hugenberg zwingen, mitzukommen.

Die „Stahlhelm“-Kameraden wollen Zaten sehen, und so wird man ihnen das Stahlbegehren hin. Dessen Freuen laufen nun in Preußen länger als bei Stahlbegehren und Stahlentscheidern bis das ganze Zeit. Die Wäter der „gegen das Braun-Stramm-Gebehr“ gerichteten Aktion rechnen mit dem Volksentscheid für den Verzicht; aber bei Einholung der geordneten Freuen ist auch eine Entscheidung bis zum Frühjahr 1932 möglich, das kann im Mai demnach das natürliche Ende des Preußen-Parlamentes bringt. Der „Stahlhelm“ aber müßte unter allen Umständen vermeiden, daß Parlamentswahlen und Reichspräsidentenwahlen, die beide um die gleiche Zeit fällig sind zusammenfallen, denn es ist ihm peinlich, daß die Reichstagswahl, die beim Kampf um den Präsidenten Seite an Seite stehen, sich gleichzeitig bei dem Streit um die Präsidentschaft befehligen befehlen müssen. Also würde schon ein Gewinn von wenigen Wochen, um die die Preußenwahl vorgezogen würde, dem „Stahlhelm“ recht willkommen. p. h. l.

Neue tritt die von der Reichsregierung eingeleitete Kommission zur Unterbrechung des Problems der Arbeitslosigkeit zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um das Programm für die Durchführung ihrer Arbeiten festzulegen. Es wird ein umfangreiches Arbeitsprogramm werden. Monate werden zu seiner Bewältigung notwendig sein.

Was nun die Bedeutung der Aufgabe, die dieser Kommission gestellt ist, erst noch erläutern? Die Arbeitslosigkeit ist das Problem geworden, nicht nur weil sie das persönliche Schicksal von Millionen bestimmt, sondern weil ihre Auswirkungen auf Wirtschaft, Staat, Kultur, auf die ganze nationale Existenz tödlich, fürchterlich ist. Auch den Arbeiter, die von der Arbeitslosigkeit nicht unmittelbar betroffen werden, ist ihre fürchterliche Realität immer eindringlicher vor Augen getreten worden. Mit den Fehl-beträgen unserer Reichsanleihe für Arbeitslosenversicherung sind es Hunderte von Millionen neue Bedrückung und neue Güter-quellen erschöpfen werden müßten. Die Lebensfrist „Entwertung der Arbeitslosenversicherung“ ist seit Jahren nicht mehr aus den Zeitungen verschwunden.

Vier soll jetzt die Arbeit der Kommission einsehen. Das heißt, das Arbeitsamt für Arbeitslosenversicherung, das im Jahre 1927 ohne ausreichende Erfahrungen über die finanzielle Auswirkung gemacht worden. Es war ein großer Witz, der die Beendigung der ganzen sozialpolitisch interessierten Welt besorgte. Es war klar, daß die neue Einrichtung nicht allen Ansprüchen genügen konnte. Es zeigten sich Schwächen, Mängel, die um so schwerer wiegen mußten, je mehr die Arbeitslosigkeit selbst zunahm. Zerkleinerungen sind in der Vergangenheit verfassungsrechtlich durchgeführt worden. Aber die großen Fragen, das Problem der Saison-Arbeitslosigkeit, des Verhältnisses von Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenversicherung sind bisher nicht angegangen worden. Die Kommission wird diese Fragen zu unterbreiten haben.

Nach dem Willen der Reichsregierung ist die Kommission nicht an eine bestimmte Arbeitsperiode gebunden. Man hat „unabhängige“ Sachverständige gewählt, um die Einflüsse der Interessengruppen möglichst auszuschalten. Wenn man damit auch auf die Erfahrungen mancher Sachverständiger für die Leitung der Arbeiten verzichten müßte, so glaubt man doch damit den Vorteil gewonnen zu haben, eine Stagnation der Arbeiten zu vermeiden. Es hat sich bei ähnlichen Aufgaben wiederholt gezeigt, daß bei organisatorischer Überforderung der Sachverständigen die Gattigkeit bereits vorher festgelegter Standpunkte einer Förderung der Arbeiten abträglich gewesen ist.

Die Reichsregierung hat den zehn Persönlichkeiten, die unter Leitung des früheren Reichsarbeitsministers Brauns ihre verantwortungsvolle Arbeit leisten sollen, völlig freie Hand in der Wahlung des in der Kommission zu verarbeitenden Stoffes, die in die Untersuchung miteinbezogen werden sollen. Auch die formale Gestaltung des eigentlichen Zieltes der Arbeiten ist der Entscheidung durch die Kommission selbst überlassen.

Unter diesen Umständen ist es begründlich, daß einzelne Mitglieder der Kommission, die mit um ihre Meinung über das Ziel und die Durchführung der Arbeiten abgeben, nicht mehr als nur eine vorläufige und sehr persönliche Meinung äußerten. Eine führende Persönlichkeit des politischen und sozialen Lebens, der auch in der Kommission eine bedeutsame Rolle zufallen wird, äußerte sich folgendermaßen:

„Nach meiner Ansicht kann es nicht Aufgabe der Kommission sein, eine Enquete zu liefern. Wir werden sicherlich eine große Anzahl von Vorschlägen durchführen, und zwar in erster Linie von Persönlichkeiten, die mit den Fragen praktisch zu tun haben und von ihnen eine lebendige Meinung besitzen. Wir werden die Ansagen und Unterbreitungen auch wohl schriftlich niedersetzen. Aber unsere Aufgabe ist nicht die wohl wissenschaftlichen Enquete.“

Wir werden dabei den äußeren Rahmen unserer Untersuchung sehr weit spannen. Es muß nach meiner Ansicht alles in den Kreis unserer Betrachtung gezogen werden, was mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, also nicht nur die Finanzen, Erziehungssysteme, sozialen und politischen Bedingungen der Arbeitslosigkeit, sondern auch Fragen der Volkshygiene, Preisgestaltung, und selbstverständlich auch die mit der Frage der Beschäftigung über den Zusammenhang der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme, wie Arbeitsförderung und Volkswirtschaft. Die